

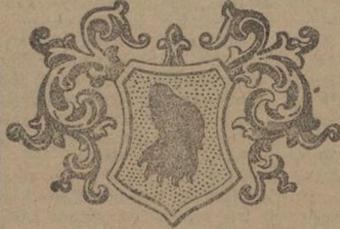
Pulsnitzer Wochenblatt

Bezugspreis 18. Tel.-Nr.: Wochenblatt Pulsnitz.

Bezirksanzeiger

und Zeitung

Politisches Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146
Bank-Konto: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz



Erscheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Besondereinrichtungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Monatlich M 2100.— bei freier Zustellung; bei Abholung monatlich M 2000.—; durch die Post monatlich M 2000.— freibleibend.

Insertate sind bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. Die sechsmal gepollene Zeitungszeile (Mohr's Zeilenmaß 14) M 180.— im Bezirke der Amtshauptmannschaft M 150.—. Amtliche Zeile M 540.—, und M 450.—. Reklame M 400.—. Bei Wiederholung 1/2 Rabatt. — Zeitraumbänder und isobellischer Satz mit 25 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Zeitungsgebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisdiskont in Anrechnung. — Familien-Anzeigen Ermäßigung

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Bollung, Großröhrsdorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Sichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 265.

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Kammer 29.

Donnerstag, den 8. März 1923.

75. Jahrgang

Amthlicher Teil.

Auf Blatt 434 des Handelsregisters ist heute die Firma **Gneuß & Hippold** in Bretzig, als ihre Gesellschafter

- Fabrikant Max Gneuß in Bretzig,
- Fabrikant Walter Hippold in Großröhrsdorf,

sowie weiter eingetragen worden, daß die Gesellschaft am 1. Januar 1923 begonnen hat.

Angegehener Geschäftszweig: Fabrikation und Vertrieb von Hosenträgern und ähnlichen Artikeln.

Amtsgericht Pulsnitz, am 2. März 1923.

Die Heberolle der sächsischen Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft auf das Jahr 1922 liegt wie üblich in unserer Stadteinnahme für die Beteiligten

vom 8. bis 22. März ds. Js.

zur Einsicht aus.

Pulsnitz, den 8. März 1923.

Der Stadtrat.

Das Wichtigste.

Der sächsische Landtag lehnte am Dienstag den deutschnationalen Antrag auf Abänderung des Zuckerverteilungsschlüssels ab, ebenso den Antrag auf Aufhebung der Höchstpreise für Milch; das Gesetz über die Altersrente für Kleinrentner fand Annahme.

Der Reichspräsident, der sächsische Ministerpräsident Buck und Wirtschaftsminister Fellisch begaben sich am gestrigen Mittwoch mittels Flugzeuges nach Leipzig zum Besuch der Leipziger Messe.

In der großen Regierungserklärung vor dem Reichstage betonte der Reichskanzler, daß von einem deutschen Verhandlungsangebot keine Rede sein könne.

Im Hermer Volkshaus wurde durch Raub und Zerstörung ein Schaden von 20 Millionen Mark angerichtet.

Der heute ab fahrende D-Zug ins Ruhrgebiet nur noch bis Hamm.

Der deutsche Botschafter in Paris, Dr. Moyer, der seit seiner Einbrüche der Franzosen ins Ruhrgebiet Paris verlassen hatte, ist in München gestorben.

Donar Law erklärte im Unterhause, daß England nicht gewillt sei, in die französische Politik einzugreifen.

Der Washingtoner Vertreter der „Morning Post“ kann mitteilen, daß Poincaré auch der Washingtoner Regierung zu versichern gegeben habe, daß er in jeder amerikanischen Einmischung einen unfreundlichen Akt sehen würde.

Vertikale und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Kirchgemeindefesttag.) Mit herzlicher Dankbarkeit schauen die Veranstalter des ersten Pulsnitzer Kirchgemeindefesttags auf die letzten Tage zurück. Die vorbereitenden Bibelfestungen trugen den Gedanken christlicher Gemeinschaft in alle Parochialteile, und die Abendmahlsfeier nach getaner Wochenarbeit in der friedlichen Stille des Altarraumes unserer schönen Kirche wird wohl feststehende Einrichtung für alle kommenden Kirchgemeindefesttage werden. Am Sonntag selbst stand schon die Morgenfeier um 9 Uhr in Lied und Schriftwort und Ansprache unter dem Kennwort „Kirche“. Die Kirchgemeindefestversammlung am Nachmittag, die sich eines zahlreichen Besuches und reger äußerer und innerer Anteilnahme erfreuen konnte, ward eingeleitet durch gottesdienstliche Feier, bei der die Predigt ausging vom Bilde der Urgemeinde nach Apostelgeschichte 2 und die ernstesten Forderungen praktischer Christentums an die Gegenwartsgemeinde stellte. In der Gemeindefestversammlung gaben die Berichte des Pfarramtsleiters und der Vorsitzenden der einzelnen Ausschüsse ein lebendiges Bild der vielseitigen äußeren und inneren Arbeit, die im ersten Jahr der neuen Kirchgemeindefestordnung von Seiten der Kirchgemeindevertretung geleistet worden ist. Besonders wichtig waren die Ausführungen über neue Steuerwege. Vorgesprochen wurde eine freiwillige monatliche Steuer im Werte eines Markendroses als Einheitssteuern. Die Versammlung nahm diesen bereits anderwärts erprobten Vorschlag mit lebhaftester Zustimmung auf. Sobald sich die Kirchgemeindefestvertretung damit befaßt hat, wird näheres bekannt gegeben. Im zweiten Teil der Verhandlung wurde die Frage der in der Kirche aufgehängten Ehrenkränze besprochen, die nach dem Willen der Versammlung an einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt aus der Kirche entfernt werden sollen. In zwei für unser kirchliches Leben überaus bedeutsame Fragen führte die Besprechung unserer Taufpaten und Abendmahlspraxis ein. Es sollen Vorkehrungen getroffen werden, die der Gemeinde den Ernst des Patenamtes in gegenwärtiger Zeit erneut und dauernd zum Bewußtsein

bringen; von der sonntäglichen Abendmahlsfeier wird in Zukunft in gewisser Hinsicht Abstand genommen werden, dafür besondere Abendmahlsfeiern in den Abendstunden in größerer Zahl eingeführt werden. — Das Programm der Gemeindefestversammlung war wohl etwas reichhaltig; aus den gewonnenen Erfahrungen wird für die Zukunft gelernt werden. Jedenfalls ist ein schöner, zukunftsreicher Anfang mit einem neuen Bild kirchlichen Lebens gemacht worden. Dies Bewußtsein besetzte die am Montag versammelte Kirchgemeindefestversammlung, die im Konfirmandenzimmer schöne Stunden christlicher Gemeinschaft durchleben durfte.

Pulsnitz. (Verein für Volksbildung.) Freitag, 9. März, 8—10 Uhr, Schule, Zimmer 17: Dr. Busch: „Religionen der Völker“ (Mohamed, Christus). Bekehrer Abend.

Pulsnitz. (Ruhrspende.) Die Sammlung am vergangenen Sonntag im Schützenhaussaal anläßlich des Frühjahrsvergnügens des Turnerbundes ergab M 32000.— und wurde auf M 39140.— erhöht.

(Krappelsprechtage in Ramenz und Großröhrsdorf.) Am Sonnabend, den 10. März 1923, vormittags 1/11 Uhr finden in der Hauptschule zu Großröhrsdorf und nachmittags 2 Uhr in der Amtshauptmannschaft Ramenz, Zimmer Nr. 2 wiederum Krappelberausstellungen durch einen Spezialarzt des Vereins Krappelhilfe in Dresden statt. Der Besuch hierzu wird angelegentlich empfohlen.

(Zur Frage des Preisabbaues.) Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat die Reichsregierung gebeten, an dem durch die Marktbesserung gebotenen Preisabbau auch ihrerseits u. a. durch sofortige Ermäßigung der Postgebühren und insbesondere der Eisenbahngütertarife mitzuwirken.

Dresden. (Fleischer — Ministerpräsident?) In hiesigen politischen Kreisen geht das Gerücht um, daß der von der Landesversammlung der W. S. P. D. gewählte stellvertretende Vorsitz in den Verhandlungen mit den Kommunisten über die Regierungsbildung zu einer Einigung gelangt sei und daß man als Ministerpräsidenten der kommunistisch-sozialistischen Regierung den bisherigen Kultusminister Fleischer, den früheren Führer der U. S. P., in Aussicht genommen habe.

Leipzig. (Rückgang der Viehpreise.) Nach Feststellungen der Preisprüfungsstelle hat der Preisrückgang auf dem städtischen Vieh- und Schlachthof, der am letzten Markttag für Schweine und Schafe eingeleitet hatte, auch am Montag angehalten. Die Preise sind für beide Schlachtstage zusammen genommen sowohl für Schweine als auch für Schafe um 400 M für das Pfund Lebendgewicht herabgegangen. Am Montag hat auch ein Preisrückgang für Kälber um 300 M für das Pfund Lebendgewicht eingeleitet. Die Preisprüfungsstelle erwartet, daß nunmehr auch die Fleischer die Preise entsprechend herabsetzen werden.

Mittweida. (Bäuerlicher Widerstand.) In Krumbach weigerten sich verschiedene Landwirte, die Getreideumlage abzuliefern. Infolgedessen mußte die Gendarmerie zur Beschlagnahme schreiten. Die Landwirte leisteten aber schärfsten Widerstand, so daß Polizeiverstärkung aus Mittweida herangezogen mußte. Erst dann gelang es mit vieler Mühe, die Getreidebeschlagnahme durchzuführen.

Deutscher Reichstag.

Die Regierungserklärung des Reichskanzlers.

Sitzung vom 6. März.

Am Regierungstische Reichskanzler Dr. Cuno und sämtliche Regierungsmitglieder. Präsident Ebert eröffnet die Sitzung um 5.20 Uhr und hebt hervor, daß die frühere Einberufung des Reichstages notwendig war, angesichts der unerhörten Gewalttaten und Herausforderungen, denen unser Volk im Westen ausgesetzt ist. Dort läßt eine Mißhandlung die andere ab, ein Nox folgt dem anderen. Selbst Kinder, die vom roten Kreuz für eine Fahrt nach Dänemark ausgesucht worden waren, wurden wegen verbotener Zusammenkunft militärisch auseinandergeprengt. (Stürmische Proteste im ganzen Hause.) Todesstrafe und lebenslangliches Zuchthaus werden denjenigen angedroht, die dem deutschen Vaterlande ihre Treue wahren wollen. (Erneute, lebhafteste Rufe der Entrüstung.) Regierung und Reichstag müssen ihre Stimme erheben und vor der ganzen Welt auf diese wachsende Brutalität hinweisen. (Stürmische Zustimmung.) Der Präsident gedenkt dann des Ablebens des deutschen Botschafters in Paris, Dr. Moyer Konfessioner und dankt ihm für die Pflichttreue, mit der er sein schwieriges Amt geführt hat. — Darauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein, auf der die Entgegennahme einer Regierungserklärung steht. Reichskanzler Dr. Cuno erwähnt die neuen, französischen Gewalttaten, die Befragung des Grenzgebietes, der Zoll- und Wertanlagen von Mannheim, die Befragung von Karlsruhe und den Einmarsch von Darmstadt. Frankreich bemüht sich kaum, den Schein des Zusammenhanges mit dem Unrecht an der Ruhr herzustellen. Erst nach der Gewalttat hat es uns in einer Note mitgeteilt, daß die erfolgte Befragung eine Vergeltungsmaßnahme darstelle für die Befragung des Rheingrenzgebietes durch die absichtliche Verletzung von Rheingrenzkanälen durch die absichtliche Verletzung von Rheingrenzkanälen. Dieser Rechtsbruch reißt sich an den Einbruch, den Frankreich mit der Befragung von Offenbach und Appenweier mit der leeren Begründung beging, daß dies die Strafe für den Ausfall einiger Schnellzüge und allgemainer Verfehlungen sei; er reißt sich auch an die übrigen Rechtsbrüche mit der Befragung vieler deutscher Städte, Königswinter und Camb, die Frankreich nur besetzte, weil ihm die im Friedensvertrage geschaffene Grenze der Bräudenlinie nicht mehr gefiel, wurde gefahren von der englischen Regierung als vertragswidrig erklärt. Die vor einigen Tagen erlassene, französische Verordnung, die die Befragung von Eisenbahntransporten mit Todesstrafe und Zuchthaus, bezog. Gefährdung nicht unter zehn Jahren bedroht, stellen einen Terror dar gegen die preussischen Eisenbahner. (Zuruf der Kommunisten: Wie Koske! — Unruhe in der Mitte und rechts.) Durch unerhörte Grausamkeit will man sie zwingen, sich in Widerspruch zu ihrem Diensteid, ihrem vaterländischen Pflichtgefühl und Gewissen, tätig an der rechtswidrigen Aktion Frankreichs und Belgiens gegen Deutschland zu beteiligen. Diese Blutverordnungen in Verbindung mit dem neuesten Rechtsbruch zeugt, wie Frankreich jeden Vorwand des Rechts ohne Scham preisgibt. Die französische Regierung hat in allen ihren wirtschaftlichen Berechnungen nur Enttäuschungen erfahren, in allen politischen Kombinationen Fehlschläge erlitten. Der Haß der dabei zwischen den Nachbarn entstanden ist, wird schwer abzutragen sein. Ein unter den fürchterlichsten Opfern aufgezogenener Friede, an dessen Erfüllung unser Volk bis zur äußersten Verarmung gearbeitet hat, wird von Frankreich mit Füßen getreten, ohne daß einer der zahlreichen Garantien auch nur den Finger rührt, um das gemeinsame Wort zu schützen. (Lebhafteste Zustimmung.) Wir haben heute die Pflicht, erneut das Unrecht festzustellen und unser eigenes Recht dem gegenüberzustellen und die Welt zu warnen, Unrecht auf Unrecht immer mehr bis zur Unentzähllichkeit zu häufen. Das ist nicht mit einem diplomatischen Schritte abgetan und duldet keinen Aufschub auch nur um einen Tag. Der Reichskanzler erinnert daran, daß er die erfolgversprechende Reise nach Süddeutschland aufgeschoben habe, um offen und klar wie stets zur deutschen Volksvertretung zu sprechen. Unser Schild ist blank. (Widerspruch bei den Kommunisten. Proteste und Unruhe bei den bürgerlichen Parteien.) Wir haben uns nichts vorzuerwerfen. Vor siebenhundert Wochen ist aber wegen der Unvollständigkeit der deutschen Holz- und Kohlenlieferungen die Jugentkommission ins Ruhrgebiet gekommen. Frankreich betonte damals, daß es sich um keine militärische Befragung handele. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Mit der Kommission sei begonnen. Dann folgte schon das militärische Schutzkommando, 5 Divisionen und 2 Generalkommandos, etwa 25 Tausend und Hunderte von Flugzeugen. Das normale Leben der Bevölkerung, das Frankreich zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung wahren wollte, wurde sofort dadurch gestört, daß es verlangte, daß seine Befehle von Beamten und Angehörigen ausgeführt würden. Anfangs wurden Rechtsvorschriften vorgeschrieben. Später wurde auch das Suchen darnach zu schwierig und mühsam. Man kümmerte sich garnicht mehr um die Rechtslage. Man rechnete aber nicht mit der alten Beamtenkennzeichnung. Umgang und Druck sollten helfen, als

